

EU-Informationen der HSS- Verbindungsstelle Brüssel

Juni/Juli 2009

Dr. Ekkehard Rohrer / Markus Russ / Birte Richardt

Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene vom 29. Juni bis zum 05. Juli 2009

I. Institutionelle Angelegenheiten

1. Bundesverfassungsgericht macht Weg frei für Lissabon-Vertrag

Die Richter des zweiten Senats erklärten einstimmig das Zustimmungsgesetz zum Vertrag von Lissabon für vereinbar mit dem Grundgesetz. Allerdings darf die Ratifikationsurkunde erst dann hinterlegt werden, wenn das Begleitgesetz über die Ausweitung der Rechte des Bundestags und des Bundesrats in EU-Angelegenheiten in der Weise geändert worden ist, dass die Zustimmung von Bundestag und gegebenenfalls Bundesrat auch dann erforderlich ist, wenn nach den sogenannten Brückenklauseln des Lissabon-Vertrags die Zuständigkeit der EU oder das Mehrheitsprinzip im Rat ohne förmliche Vertragsänderung ausgeweitet werden sollen. Der Bundestag wird am 26.08. zu einer Sondersitzung einberufen. Die Verabschiedung in zweiter und dritter Lesung ist für den 08.09. geplant. Der Bundesrat könnte am 18.09. zustimmen, so dass das Gesetz noch vor den Bundestagswahlen am 27.09. und vor dem erneuten irischen Referendum über den Lissabon-Vertrag in Kraft treten kann.

<http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg09-072.html>

2. Abstimmung über neuen Kommissionspräsidenten verschoben

Die schwedische Ratspräsidentschaft stellte am 03.07. fest, dass sich im Europäischen Parlament keine Mehrheit für eine Abstimmung am 15.07. gezeigt hat, nachdem neben Sozialisten, Kommunisten und Grünen auch die Liberalen gegen diesen Termin waren. Das weitere Vorgehen soll am 06.07. bei Gesprächen der Fraktionsvorsitzenden in Stockholm geklärt werden. Denkbar ist eine Abstimmung Mitte September. Wahrscheinlich ist aber auch, dass wesentliche Kräfte im Parlament erst Klarheit über das Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon haben wollen, um dann die gesamte Kommission nach der neuen Rechtsgrundlage bestimmen zu können.

<http://euobserver.com/9/28411/?rk=1>

3. Paweł Samecki ersetzt Danuta Hübner als neuer Regionalkommissar

Die polnische Regierung benannte den früheren Europastaatssekretär und derzeitiges Mitglied des Rates der polnischen Zentralbank, Paweł Samecki, als Nachfolger der am 23.06. zurückgetretenen Kommissarin für Regionalpolitik Danuta Hübner, die am 07.06. ins Europäische Parlament gewählt worden ist. Samecki wird allerdings der im Oktober zu bestimmenden neuen Kommission aller Voraussicht nach nicht mehr angehören, da die polnische Regierung hierfür den (wiedergewählten) konservativen Europaabgeordneten Janusz Lewandowski im Auge hat. Lewandowski soll auch eine andere Funktion in der Kommission übernehmen (wahrscheinlich Wirtschaft und Währung oder Unternehmen und Industrie).

<http://www.euractiv.com/de/zukunft-eu/polen-litauen-ernennen-ersatzkommissare/article-183606>
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/misc/108992.pdf

II. Internationales und Entwicklungspolitik

a) Internationales

1. Beitrittsverhandlungen mit Türkei kommen langsam voran

Am 30.06. eröffnete die EU das Kapitel 16 (Steuern). Damit sind 11 von 35 Verhandlungskapiteln eröffnet. Bisher ist erst eines geschlossen (Wissenschaft und Forschung). Acht Kapitel sind seit 2006 wegen der Nichtzulassung zypriotischer Schiffe in türkische Häfen blockiert. Die Republik Zypern wendet sich gegen die Öffnung des Kapitels „Energie“. Die schwedische Ratspräsidentschaft strebt weitere Fortschritte im zweiten Halbjahr 2009 an.

<http://euobserver.com/9/28397/?rk=1>

2. Mehrländerprojekte in Osteuropa und im Südkaukasus gefördert

Mit einem Hilfspaket im Wert von 40 Mio. EUR für Partnerländer in Osteuropa und den südlichen Kaukasus will die Kommission mehrere Programme in Bereichen wie Kulturpolitik und Zivilgesellschaft, Förderung von KMU-Netzen, Grenzmanagement, verantwortungsvolle Verwaltung im Bereich der Luftqualität und Katastrophenvorsorge finanzieren. Alle Projekte haben eine regionale Dimension, da sie mindestens zwei der sieben Partnerländer an der Ostgrenze der EU (Russland, Ukraine, Republik Moldau, Belarus, Armenien, Aserbaidschan und Georgien) zugute kommen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1084&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

http://www.enpi-info.eu/indexeast.php?lang_id=450

http://ec.europa.eu/europeaid/work/ap/aap/2009_en.htm

b) Außenhandel

1. Beschlagnahmen von Produktfälschungen an den Außengrenzen

Die Kommission stellte am 09.07. ihren jährlichen Bericht mit detaillierten Informationen zu den an der Außengrenze der EU sichergestellten Waren im Jahr 2008 vor. Die Mengen erreichten im Berichtszeitraum Rekordhöhe.

http://ec.europa.eu/taxation_customs/customs/customs_controls/counterfeit_piracy/statistics/index_de.htm

c) Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe

1. Kommission entsendet Wahlbeobachter zu Wahlen in Kurdistan (Irak)

Auf Bitten der unabhängigen Wahlkommission des Irak entsendet die Kommission zwei Experten zu den Regionalwahlen am 25. Juli.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/308&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung in Mauretanien

Die Kommission begrüßt die Unterzeichnung von Erlassen zur Umsetzung der Rahmenvereinbarung über eine einvernehmliche Lösung für die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung durch den Präsidenten der Islamischen Republik Mauretanien, Sidi Ould Cheikh Abdallahi. Dies sei ein wichtiger Schritt zur Überwindung der Krise nach dem Putsch vom August 2008.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1056&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. Ergebnis der Präsidentschaftswahlen in Guinea-Bissau begrüßt

Kommissarin Benita Ferrero-Waldner betont die Bedeutung der Präsidentschaftswahlen für die Konsolidierung des demokratischen Prozesses.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1061&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

4. Erklärung von EU-Kommissar Louis Michel zur politischen Lage in Niger

Louis Michel, der für Entwicklung und humanitäre Hilfe zuständige Kommissar, hat seine Besorgnis angesichts der Krise in Niger zum Ausdruck gebracht.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1066&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

III. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit

a) Arbeit, Soziales, Chancengleichheit

1. Ratspräsidentschaft zu Beschäftigung, Soziales und Antidiskriminierung

Im Bereich Beschäftigung stellt die schwedische Präsidentschaft klar, dass die Verantwortung für die Arbeitsmarktpolitik bei den Mitgliedstaaten liegt. Der Mehrwert der EU sei der Erfahrungsaustausch und das Eingehen von Verpflichtungen auf nationaler Ebene für eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Angestrebt werde die Verabschiedung der Richtlinien zu erweitertem Mutterschutz, zum besseren Sozialschutz von Selbständigen und zur Antidiskriminierung.

http://www.se2009.eu/polopoly_fs/1.6248!menu/standard/file/Work%20Programme%20for%20the%20Swedish%20Presidency%201%20July%20-%2031%20Dec%202009.pdf

2. Arbeitslosenquote der Eurozone im Mai auf 9,5% gestiegen, EU auf 8.9%

In der Eurozone (EZ16) lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Mai 2009 bei 9,5%, gegenüber 9,3% im April. Im Mai 2008 betrug sie 7,4%. In der EU27 lag die Arbeitslosenquote im Mai 2009 bei 8,9%, gegenüber 8,7% im April. Im Mai 2008 hatte sie 6,8% betragen. Für die Eurozone ist dies die höchste Quote. Die niedrigsten Anstiege wurden in Deutschland (von 7,4% auf 7,7%) konstatiert.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/09/97&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Gesundheit

1. Sozialpartnerabkommen im Gesundheitswesen

Am 17.07. werden die europäischen Sozialpartner EPSU (European Public Services Union) und HOSPEEM (European Hospital and Healthcare Employers' Association) in Brüssel ein Abkommen zum Schutz der Beschäftigten vor Verletzungen durch scharfe Gegenstände, einschließlich Spritzen, unterzeichnen. Jedes Jahr würden im europäischen Gesundheitswesen 1.2 Mio. Verletzungen durch derartige Gegenstände verursacht. Die Kommission plant, dem Rat nach der Sommerpause einen Richtlinienvorschlag zur Umsetzung der Vereinbarung zu unterbreiten.

2. Parallelhandel von Arzneimitteln kann untersagt werden

In ihren Schlussanträgen vor dem Europäischen Gerichtshof plädierte Generalanwältin Verica Trstenjak für eine Zurückweisung des Rechtsmittels gegen das Urteil des [Gerichts erster Instanz](#) wonach der Arzneimittelhersteller Glaxo Smith Kline (GSK) mit Zwischenhändlern, die in Spanien ansässig waren und an die GSK Arzneimittel verkaufte, unterschiedliche Preise für bestimmte Arzneimittel, je nachdem, ob die Zwischenhändler diese in Spanien oder in anderen Mitgliedstaaten vertrieben, vereinbaren kann.

[http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=C-501/06](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-501/06)

IV. Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

a) Ernährung

1. 'Unförmiges' Obst und Gemüse ab dem 1. Juli wieder im Handel

Europäische Regeln über die Größe und Form vieler Obst- und Gemüsesorten gelten ab 01.07. nicht mehr, da die spezifischen Vermarktungsnormen für 26 Arten Obst und Gemüse aufgehoben werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1059&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Drei neue geschützte Bezeichnungen

Es handelt sich um das britische Schweinefleischprodukt "Melton Mowbray Pork Pie" (IGP) und den italienischen Wein "Aceto balsamico di Modena" (IGP). Ferner wird das polnische

Backwerk "Pierekaczewnik" als traditionelle Spezialität geschützt
http://ec.europa.eu/agriculture/foodqual/quali1_fr.htm

b) Landwirtschaft

1. Einfuhrbeschränkungen für Reis erfolgreich umgesetzt

Nach einem Bericht der Kommission haben sich die 2004 und 2005 mit den USA, Thailand, Indien und Pakistan abgeschlossenen Abkommen bewährt. Importe hätten nur dann zugenommen, wenn der Bedarf in der EU gestiegen sei. Entgegen früheren Befürchtungen sei die EU-Reisindustrie nicht durch die Erzeugnisse ausländischer Reismühlen gefährdet worden.
http://ec.europa.eu/agriculture/markets/rice/index_en.htm

c) Fischerei

1. Gemeinsame Fischereipolitik hat versagt

In ihrem Programm für das zweite Halbjahr 2009 weist die schwedische Ratpräsidentschaft darauf hin, dass es der bisherigen Politik nicht gelungen sei, für eine nachhaltige Fischerei zu sorgen. Die Lage sei durch überfischte Bestände, wenig Nachhaltigkeit und geringe Ertragskraft gekennzeichnet. Bei der Fangquotenfestsetzung im Herbst werde Schweden auf eine an die Umweltbedingungen angepasste Fischerei drängen. Im Herbst solle auch die neue Verordnung über die Kontrolle der Fischerei verabschiedet werden. Schließlich würden die Diskussionen über die Fischereipolitik nach 2012 fortgesetzt.

http://www.se2009.eu/polopoly_fs/1.6248!menu/standard/file/Work%20Programme%20for%20the%20Swedish%20Presidency%201%20July%20-%2031%20Dec%202009.pdf

V. Binnenmarkt und Wettbewerbsrecht

a) Binnenmarkt und Verbraucherschutz

1. Sieg für „Bayerisches Bier“ vor Europäischem Gerichtshof

Wie von Generalanwalt Ján Mazák in seinen [Schlussanträgen](#) vorgeschlagen, entschied der Europäische Gerichtshof, dass die [Ratsverordnung 1347/2001](#), mit der die Liste der auf Gemeinschaftsebene geschützten geographischen Angaben (g.g.A.) um „Bayerisches Bier“ ergänzt worden ist, gültig ist. Die Eintragung beeinträchtigt aber nicht die Gültigkeit und Verwendbarkeit der bereits bestehenden Marken, in denen das Wort „Bavaria“ vorkomme, sofern diese Marken in gutem Glauben eingetragen worden sind und nicht für ungültig oder verfallen erklärt werden können. Im Ausgangsfall hatte der Bayerische Brauerbund gegen die niederländische Brauerei Bavaria geklagt.

[http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=C-343/07](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-343/07)

2. Kommission für bessere Durchsetzung von Verbraucherschutz

Die EU-Kommission gab am 02.07. eine Mitteilung über ein „Verbraucherdurchsetzungspaket“ und einen Bericht über die ersten zwei Jahre der Verordnung über die Zusammenarbeit beim Verbraucherschutz (2006[2004]EG) bekannt. Vorrangig sei (i) verstärkte Zusammenarbeit im Rahmen des Netzwerks der Verbraucherschutzbehörden und bei der Überwachung gefährlicher Produkte (RAPEX) sowie eine bessere Durchsetzung der Sicherheit im Internet, (ii) mehr Transparenz bei Marktbeobachtung und bei Untersuchungsmaßnahmen, (iii) einheitliche Interpretation des EU-Verbraucherrechts sowie des anwendbaren Rechts, (iv) bessere Marktüberwachung und Identifizierung von Märkten, die ein Einschreiten erfordern, (v) verstärkte internationale Zusammenarbeit durch Abkommen mit Vollzugsbehörden in Drittstaaten wie etwa die USA oder China.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1080&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/commission_barroso/kuneva/index_en.htm

http://ec.europa.eu/consumers/enforcement/index_en.htm

3. Funktionsweise des Binnenmarktes soll verbessert werden

In unverbindlichen Empfehlungen schlägt die Kommission den Mitgliedstaaten die (i) Einrichtung einer Instanz für die Binnenmarktkoordinierung, (ii) Förderung einer engen Zusammenarbeit zwischen Beamten aus verschiedenen Mitgliedstaaten und von der Kommission, (iii) Verbesserung der Umsetzung von Richtlinien mit Relevanz für den Binnenmarkt, (iv) Verbesserung der Überwachung der verschiedenen Märkte und Sektoren zur Feststellung etwaigen Marktversagens, (v) Gewährleistung einer angemessenen Ausbildung von Beamten, die mit Binnenmarktfragen befasst sind, (vi) wirksamere Durchsetzung der Binnenmarktregeln, z. B. durch angemessene Fortbildungsmaßnahmen für Richter, (vii) Förderung einer regelmäßigen Bewertung der nationalen Rechtsvorschriften und (viii) bessere Aufklärung der Bürger und Unternehmen über ihre Rechte im Binnenmarkt sowie Möglichkeiten, die sich grenzübergreifend bieten, vor.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1051&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/internal_market/strategy/index_de.htm

4. Partnerschaft von EU und Mitgliedstaaten bei Umsetzung von Binnenmarkt

Für die schwedische Ratspräsidentschaft sind die von der Kommission vorgelegten Leitlinien für eine bessere Kooperation, Bildung und Information bei der Umsetzung des Binnenmarktes vorrangig. Fortschritte sollten auch beim Gemeinschaftspatent und beim Europäischen Patentgericht erzielt werden. Weiterer Verbesserung bedürfte das Geschäftsumfeld, vor allem für KMUs. Schließlich werde eine Einigung zur Richtlinie über die Rechte der Verbraucher angestrebt. Harmonisierter Verbraucherschutz führe zu mehr Vertrauen im grenzüberschreitenden Handel.

http://www.se2009.eu/polopoly_fs/1.6248!menu/standard/file/Work%20Programme%20for%20the%20Swedish%20Presidency%201%20July%20-%2031%20Dec%202009.pdf

b) Steuern

1. Schwedische Präsidentschaft will Steuerfragen voran bringen

Für die Ratspräsidentschaft stehen im zweiten Halbjahr die Arbeiten an harmonisierten Rechtsvorschriften für die Rechnungstellung bei der Mehrwertsteuer, die Neuregelung der Zinsbesteuerung und die Bekämpfung von Steuerbetrug im Vordergrund.

http://www.se2009.eu/polopoly_fs/1.6248!menu/standard/file/Work%20Programme%20for%20the%20Swedish%20Presidency%201%20July%20-%2031%20Dec%202009.pdf

2. Harmonisierte Anwendung der Regelungen für MwSt-Gruppen gefordert

Die EU-Kommission hat am 02.07. in einer Mitteilung ihren Standpunkt zu Regelungen für Mehrwertsteuer-Gruppen erläutert. Die MwSt-Vorschriften der EU ermöglichen den Mitgliedstaaten, zum Zweck der Verwaltungsverfahren Vereinfachung Personen, die zwar rechtlich unabhängig, aber durch gegenseitige finanzielle, wirtschaftliche und organisatorische Beziehungen eng miteinander verbunden sind, zusammen als einen einzigen Steuerpflichtigen zu behandeln. Die Mitteilung enthält Leitlinien für eine korrekte, kohärente und einheitliche Anwendung der Option der MwSt-Gruppe.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1078&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/taxation_customs/index_de.htm

c) Wettbewerbsrecht

1. Rettungsbeihilfe von 50 Mio. EUR für Quelle genehmigt

Die EU-Kommission hat eine Rettungsbeihilfe von 50 Mio. EUR zugunsten der Quelle GmbH genehmigt. Die Beihilfe wird zum Teil vom Bund und zum Teil von den Ländern Bayern und Sachsen aufgebracht. Die Kommission kam zu dem Schluss, dass die Beihilfe die Kriterien der EU-Leitlinien für Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten ([IP/04/856](#)) erfüllt, da sie in Form eines Darlehens gewährt wird und zeitlich befristet ist.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1062&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Übernahme von Austrian Airlines durch Lufthansa eingehend überprüft

Die EU-Kommission hat eine eingehende Untersuchung der geplanten Übernahme von Austrian Airlines durch Lufthansa eingeleitet. Die anfängliche Untersuchung der Kommission habe ergeben, dass die geplante Übernahme auf einigen Strecken zu einem verringerten Flugangebot und höheren Preisen führen könnte.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1065&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/competition/mergers/cases/index/m108.html#m_5440

VI. Wirtschaft und Finanzen

a) Wirtschaft

1. Weitere Rezession im Euroraum, aber Anzeichen von Besserung

Laut Eurogebiet-Quartalsbericht der EU-Kommission gibt es erste Anzeichen einer Neubelebung. Auch die Indikatoren für die wirtschaftliche Einschätzung und die Finanzmärkte seien langsam wieder positiv geworden. Die Wirtschafts- und Finanzkrise dürfte in den nächsten Jahren aufgrund der niedrigeren Beschäftigungs- und Produktivitätsniveaus auch das Wachstumspotenzial abschwächen, da Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie Anlageinvestitionen wahrscheinlich abnehmen oder stagnieren werden. Im Zeitraum 2000-2006 lag das Potenzialwachstum des Euroraums bei durchschnittlich 1,8 %, dürfte Schätzungen zufolge im Jahr 2008 aber auf 1,3 % gefallen sein und in diesem und im nächsten Jahr lediglich 0,7 % betragen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1031&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/economy_finance/thematic_articles/article15481_en.htm

2. Geschäftsklimaindikator besser, doch Aufträge weiterhin rückläufig

Der Geschäftsklimaindikator (BCI) für den Euroraum hat im Juni leicht zugelegt, liegt aber immer noch weit unter seinem früheren Rekordtief von 1993. Demzufolge dürfte das Produktionswachstum gegenüber dem Vorjahr im Mai abermals negativ ausgefallen sein und auch im Juni gedämpft bleiben. Der Anstieg des BCI zeigt, dass sich die Lage - außer bei den Auftragsbeständen - inzwischen etwas entspannt hat. Die Unternehmer schraubten ihre Produktionserwartungen im Juni weiter herauf und schätzen nun auch die Produktionsentwicklung der letzten Monate erheblich besser ein. Die Beurteilung der Lagerbestände besserte sich ebenfalls weiter. Dagegen sind die Gesamt- und Exportaufträge abermals auf neue Allzeittiefs gesunken.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1047&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/economy_finance/db_indicators/db_indicators8650_en.htm

3. Wirtschaftliche Einschätzung zeigt weitere Verbesserung

Der Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI) hat sich im Juni zum dritten Mal in Folge für die EU und den Euroraum verbessert. Allerdings liegt er für beide Gebiete noch immer unter den in der vorherigen konjunkturellen Talsohle Ende 1992 erreichten Tiefstständen. Der ESI stieg in der EU um 3,2 und im Euroraum um 3,1 Punkte auf nunmehr 71,1 bzw. 73,3 Punkte.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1048&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Energie

1. Hohe Priorität für Energiefragen unter schwedischer Ratspräsidentschaft

Die Diskussionen wurden vom zweiten strategischen Energiebericht und von dem von der Kommission im November 2008 unterbreiteten Paket zur Versorgungssicherheit geprägt. Die

Arbeiten an einem Aktionsplan zur Energiesicherheit und Solidarität würden fortgesetzt. Die Richtlinien zur Energieeffizienz von Gebäuden, zur Kennzeichnung des Energieverbrauchs und zur Kennzeichnung des Energieverbrauchs von Reifen sollten verabschiedet werden. Die Energieminister würden auch einen Beitrag zu dem von der Kommission angekündigten revidierten Aktionsplan zur Energieeffizienz leisten. Mit dem Europäischen Parlament werde eine rasche Einigung über die Änderung der Richtlinie zur Sicherheit der Gasversorgung angestrebt. Behandelt werde auch die erwartete Mitteilung zur Finanzierung von kohlenstoffarmen Technologien. Schließlich würden Verhandlungen über die Erweiterung der Energiegemeinschaft um Moldawien, die Ukraine und die Türkei sowie über Energiezusammenarbeit mit Nigeria erwartet. Fortgesetzt würden die Arbeiten an einem Energiemarkt im Ostseeraum.

http://www.se2009.eu/polopoly_fs/1.6248!menu/standard/file/Work%20Programme%20for%20the%20Swedish%20Presidency%201%20July%20-%2031%20Dec%202009.pdf

2. Muster für Nationalen Aktionsplan für erneuerbare Energien

Die Kommission verabschiedete am 29.06. eine Entscheidung, in der sie das Muster festlegte, das im Zuge der jüngst verabschiedeten Richtlinie über erneuerbare Energien für die Aktionspläne der Mitgliedstaaten verwendet werden soll. Es dient diesen als Leitfaden für die Ausarbeitung ihrer nationalen Aktionspläne für erneuerbare Energien und gibt im Einzelnen Aufschluss darüber, wie sie ihre nationalen Ziele im Hinblick auf den bis 2020 zu erreichenden Anteil erneuerbarer Energien umsetzen wollen. Jeder Mitgliedstaat muss der Kommission bis spätestens 30. Juni 2010 seinen nationalen Aktionsplan für erneuerbare Energien mitteilen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1055&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/energy/renewables/transparency_platform_en.htm

c) Finanzen

1. Mikrofinanzierungsinstrument für arbeitslose Unternehmensgründer

Die EU-Kommission hat am 02.07. ein neues Mikrofinanzierungsinstrument vorgeschlagen, mit dem Kleinunternehmern und Arbeitlosen, die ihr eigenes kleines Unternehmen gründen wollen, Kleinstkredite zur Verfügung gestellt werden sollen. Das Instrument wird zunächst über Mittel in Höhe von 100 Mio. EUR verfügen, die im Rahmen einer gemeinsamen Initiative mit internationalen Finanzeinrichtungen, vor allem der EIB-Gruppe (Europäische Investitionsbank), mehr als 500 Mio. EUR mobilisieren könnten. Die neue Fazilität ist eine der Maßnahmen, die in der Mitteilung der Kommission „Gemeinsames Engagement für Beschäftigung“ vom 3. Juni skizziert worden war. (siehe [IP/09/859](#) und [MEMO/09/259](#)).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1070&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=89&newsId=547&furtherNews=yes>

2. Kapitalzuführung und Risikominderung bei LBBW einstweilig genehmigt

Die EU-Kommission hat für sechs Monate eine Kapitalzuführung und eine Risikoimmunsierung genehmigt, die das Land Baden-Württemberg zugunsten der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) vornehmen will. Die Rekapitalisierungsmaßnahme erfülle die Voraussetzungen der Mitteilung der Kommission über die Rekapitalisierung von Finanzinstituten, da eine angemessene Vergütung vorgesehen sei. Dagegen habe die Kommission Zweifel daran, ob die Risikoimmunsierung in vollem Umfang mit der Mitteilung der Kommission über die Behandlung wertgeminderter Aktiva (siehe [IP/09/322](#)) im Einklang steht. Die Kommission wird daher genau prüfen, wie die betreffenden wertgeminderten Aktiva bewertet wurden, bevor sie eine abschließende Entscheidung erlässt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1058&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. Wirtschafts- und Finanzkrise erfordert globale Antwort

In ihrem Programm für das zweite Halbjahr 2009 hebt die schwedische Präsidentschaft im EU-Minsterrat vor allem auf das Forum der G20 (19 größten Ökonomien der Welt plus EU) ab, in

dem im Herbst wichtige Beschlüsse zur internationalen Finanzmarktaufsicht, zur Bekämpfung von schädlichem Steuerwettbewerb und zur Stärkung des Internationalen Währungsfonds getroffen würden. Die G20 repräsentiere 85% des Bruttonationaleinkommens der Welt. Es komme darauf an, vor den Sitzungen der G20 gemeinsame Positionen der EU zu erarbeiten.

http://www.se2009.eu/polopoly_fs/1.6248!menu/standard/file/Work%20Programme%20for%20the%20Swedish%20Presidency%201%20July%20-%2031%20Dec%202009.pdf

4. EZB meldete Änderungsbedarf bei deutschem „Bad-Bank-Gesetz“ an

In ihrer Stellungnahme vom 24.06. billigte die Europäische Zentralbank die vorgesehene Maßnahme, wonach durch Übertragung von verbrieften Forderungen („toxische Papiere“) auf eine Zweckgesellschaft die übertragenden Finanzinstitute im Gegenzug von der Bundesregierung garantierte Anleihen erhalten. Zu präzisieren seien allerdings i) die möglichen Begünstigten der Maßnahme, ii) die zu erfassenden Arten von Vermögenswerten und iii) die Bedingungen und Modalitäten der von dem Änderungsentwurf eingeführten Maßnahme. Hierzu gehöre auch eine Klarstellung, ob die Jahresabschlüsse der Zweckgesellschaften in den Konzernabschluss des übertragenden Instituts einbezogen werden müssen. Der Bundestag hat dem Gesetz zur Finanzmarktstabilisierung am 03.07. zugestimmt. Der Bundesrat stimmt am 10.07.ab.

http://www.ecb.int/ecb/legal/pdf/de_opinion_con_2009_54_further_financial_market_stabilisat.pdf

5. Lettland muss bis 2012 übermäßiges Defizit abbauen

Die Kommission empfahl dem Rat im Rahmen des Laufenden Defizitverfahrens, Lettland zu verpflichten bis 2012 sein Haushaltsdefizit unter 3%/BIP zu bringen. Außerdem gab die Kommission eine zweite Rate von 1.2 Mrd. EUR aus dem EU-Beistandspaket von 5.3 Mrd EUR frei, vorbehaltlich der Unterzeichnung einer zusätzlichen Absichtserklärung und der Beschaffung auf den Finanzmärkten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1069&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/economy_finance/thematic_articles/article15503_en.htm

VII. Justiz und Inneres

a) Justiz

1. Ehrgeizige Vorhaben im Bereich Justiz

Neben der Erarbeitung des „Stockholm-Programms“ für den gesamten Bereich Justiz und Inneres für die Jahre 2010-2014 sollen Fortschritte bei der justiziellen Zusammenarbeit in Zivil- und Strafsachen erzielt werden. Notwendig sei der Beginn von Verhandlungen über das Erbrecht. Zu überarbeiten seien die Grundsätze für die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivilsachen (Brüssel I). Bis Ende des Jahres soll ein e-Justiz-Portal eröffnet werden.

Im Strafrecht gehe es um Mindeststandards für die Rechte von Beschuldigten auf Übersetzung und Verdolmetschung sowie um eine koordinierte Strategie zur Unterstützung von Verbrechenopfern. Schweden will auch einen Vorschlag zur Abgabe von Strafverfahren an andere Mitgliedsstaaten unterbreiten, wenn der Beschuldigte dort ansässig ist oder wenn bereits ein Verfahren gegen ihn läuft. Angestrebt werde die Verabschiedung von Rahmenbeschlüssen gegen sexuellen Missbrauch von Kindern und gegen Menschenhandel.

http://www.se2009.eu/polopoly_fs/1.6248!menu/standard/file/Work%20Programme%20for%20the%20Swedish%20Presidency%201%20July%20-%2031%20Dec%202009.pdf

2. Kein allgemeiner Rechtsgrundsatz der Gleichbehandlung von Aktionären

Im Verfahren von Aktionären der luxemburgischen RTL Group auf Aufhebung einer Veräußerung des 30%igen Anteils der Group Bruxelles Lambert am Kapital von RTL als Gegenleistung für 25 % des Kapitals der Bertelsmann AG, stellte der Europäische Gerichtshof fest, dass es im Gemeinschaftsrecht keinen allgemeinen Rechtsgrundsatz gebe, der die Gleichbehandlung von Aktionären vorschreibe und Schutzwirkung zugunsten der Minderheitsaktionäre einer

Gesellschaft derart entfalte, dass diese im Fall der Übernahme der Kontrolle der Gesellschaft zur Veräußerung ihrer Anteile zu denselben Bedingungen wie die anderen Aktionäre berechtigt sind. Ein allgemeiner Grundsatz der Gleichbehandlung von Aktionären könnte allenfalls nur im Verhältnis zwischen einer Gesellschaft und ihren Aktionären Anwendung finden.

[http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=C-101/08](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-101/08)

b) Inneres

1. Programm für Verbrechensbekämpfung, Asyl und Migration

Die schwedische Ratspräsidentschaft will im zweiten Halbjahr einen Vorschlag für einen wirksameren Informationsaustausch zwischen Eurojust und Europol unterbreiten. Ein weiterer Vorschlag betreffe die europaweite Akkreditierung von rechtsmedizinischen Einrichtungen für die Analyse von DANN und Fingerabdrücken. Notwendig sei auch ein neues Schengen-Informationssystem. Gestärkt werden soll das Europäische Netzwerk zur Verbrechensprävention. Die Vorschläge der Kommission zu Maßnahmen gegen chemische, biologische, radiologische und nukleare Bedrohungen würden erörtert.

Im Bereich Asyl und Migration sollten die Mindeststandards für die Aufnahme von Asylbewerbern stärker harmonisiert werden, Innerhalb des globalen Ansatzes der EU zur Migration soll die EU für Arbeitsmigranten attraktiver werden. Im Dezember 2009 soll das Visa-Informationssystem (VIS) mit Abspeicherung von Fingerabdrücken und Abbildungen der Visabewerber eingeführt werden.

http://www.se2009.eu/polopoly_fs/1.6248!menu/standard/file/Work%20Programme%20for%20the%20Swedish%20Presidency%201%20July%20-%2031%20Dec%202009.pdf

2. Leitlinien zur Freizügigkeit für Unionsbürger

Die Kommission hat am 02.07. Leitlinien zur besseren Umsetzung und Anwendung der Richtlinie 2004/38/EG über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, erlassen. Hintergrund ist ein Bericht der Kommission wonach kein Mitgliedstaat die Richtlinie vollständig umgesetzt habe. Die Leitlinien sollen sowohl den Mitgliedstaaten als auch den Bürgern Information und Unterstützung zu Fragen bieten, die bei der Umsetzung oder Anwendung der einschlägigen Gemeinschaftsvorschriften Probleme bereiten, etwa die Definition von „ausreichenden Existenzmitteln“, „Abhängigkeit“, „öffentliche Ordnung und Sicherheit“ oder „Rechtsmissbrauch“.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1077&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/311&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

VIII. Umwelt und Verkehr

a) Umwelt

1. Deutschland und Österreich erhalten längere Frist bei Feinstaubrichtlinie

Die Europäische Union hat am 02.07. neun Entscheidungen , an Österreich, Belgien, Deutschland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Frankreich, Ungarn und die Slowakische Republik über befristete Ausnahmen von den EU-Normen zur Luftqualität für Feinstäube (die sogenannten PM 10 -Partikel) in 94 Gebieten oder Großräumen erlassen. Die EU-Richtlinie von 2008 über die Luftqualität gibt den Mitgliedstaaten die Möglichkeit, die Frist für die Erreichung der PM 10 -Norm für bestimmte Gebiete unter strengen Bedingungen bis Juni 2011 zu verlängern. Mit den Entscheidungen der Kommission wird die Fristverlängerung für 19 Luftqualitätsgebiete in Österreich, Deutschland und Ungarn bewilligt; gegen die Fristverlängerung für alle anderen Gebiete wurden Einwände erhoben.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1079&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Liste der Gebiete mit Überschreitung der Grenzwerte, nach Mitgliedstaaten:

<http://ec.europa.eu/environment/air/quality/legislation/exceedances.htm>

Website zur Fristverlängerung :

http://ec.europa.eu/environment/air/quality/legislation/time_extensions.htm
<http://ec.europa.eu/environment/air/quality/standards.htm>

2. EU startet Initiative „Klicke einen Baum“

Zur Bewusstseinsbildung über die klimafreundlichen Auswirkungen von Bäumen lanciert die EU-Kommission eine Initiative wonach Teilnehmer zwischen 15 und 29 Jahren aus Bulgarien, Tschechien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Ungarn, Polen, Rumänien, Schweden oder Vereinigtes Königreich durch Einschreibung auf der Website clickatree.europa.eu einen von 5.000 Setzlingen gratis erhalten können. Sie können aber auch ihren eigenen Baum kaufen bzw. einpflanzen und sich dann mit einem Foto der Pflanzaktion auf der Website einschreiben. Alle Teilnehmer können an einem Wettbewerb über diese Fotos teilnehmen. Die 10 Sieger erhalten Einladungen zu Umweltevents ("environmental learning camps"). Die Frist für die Beteiligung läuft bis 15.11.2009

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/302&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

b) Verkehr

1. Diskussionen über zukünftige Verkehrspolitik

Für die schwedische Ratspräsidentschaft sind die Arbeiten an der zukünftigen EU-Verkehrspolitik einschließlich der Transeuropäischen Netze (TEN-T), grüner Frachtverkehrskorridore und einer effizienteren Nutzung des Luftraums vorrangig. Zu den Passagierrechten im Bus- und Schiffsverkehr werde eine Einigung angestrebt. Die Arbeiten am Satellitennavigationsprogramm Galileo verliefen wie geplant.

http://www.se2009.eu/polopoly_fs/1.6248!menu/standard/file/Work%20Programme%20for%20the%20Swedish%20Presidency%201%20July%20-%2031%20Dec%202009.pdf

IX. Medien und Informationsgesellschaft

1. Ratspräsidentschaft nachdrücklich für zukünftige Informationsgesellschaft

Die schwedische Präsidentschaft will sich bemühen, einen Beitrag zur zukünftigen EU-Politik in diesem Bereich zu leisten. Notwendig sei die Verabschiedung des Telekom-Pakets in diesem Herbst. Wichtig sei auch eine effektive Nutzung der durch die digitale Dividende freigewordenen Rundfunkfrequenzen, vor allem im ländlichen Raum.

http://www.se2009.eu/polopoly_fs/1.6248!menu/standard/file/Work%20Programme%20for%20the%20Swedish%20Presidency%201%20July%20-%2031%20Dec%202009.pdf

2. Preise für SMS, Handyanrufe und Web-Surfen im EU-Ausland sinken

Ab 01.07. darf das Versenden einer SMS aus dem EU-Ausland nur noch höchstens 0,11 € kosten, wodurch der Preis auf beinahe ein Drittel des vorherigen EU-Durchschnitts von 0,28 € (zuzüglich MwSt.) fällt. Billiger wird auch das Telefonieren im EU-Ausland: Ein ausgehender Anruf darf pro Minute nicht mehr als 0,43 € und ein eingehender Anruf nicht mehr als 0,19 € kosten. Außerdem werden ausgehende Roaminganrufe von nun an nicht mehr pro Minute, sondern nach den ersten 30 Sekunden sekundengenau abgerechnet. Eingehende Anrufe müssen ab der ersten Sekunde sekundengenau berechnet werden. Ferner gilt auf der Vorleistungsebene eine Preisobergrenze von 1 € pro übertragenem Megabyte.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1064&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/information_society/activities/roaming/index_en.htm

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/309&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

X: Bildung, Forschung, Kultur

a) Bildung

1. Erasmus Mundus: 10 000 Stipendien für 2009-2010

Im Rahmen des Programms Erasmus Mundus vergab die Europäische Kommission vor kurzem etwa 10 000 neue Stipendien für das Studienjahr 2009-2010. So werden 8 385 Studierende und Akademiker für Studien- und Lehrzwecke nach Europa kommen, während 1 561 Europäer einige Zeit an Partnereinrichtungen in Ländern außerhalb Europas verbringen

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1068&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Forschung

2. Fortschritte bei Einbindung Serbiens in Europäischen Forschungsraum

Janez Potočnik, EU-Kommissar für Wissenschaft und Forschung, nahm am 29.06. am EU-Forschungsinformationstag in Belgrad teil. Die Veranstaltung bot den serbischen Wissenschaftlern und Wirtschaftsvertretern Gelegenheit, sich detailliert über die Fördermöglichkeiten im Zuge des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms (RP7) zu informieren und sich weitere Möglichkeiten zum Informationsaustausch und zur Netzbildung zu erschließen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1050&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/09/319&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> (Rede Potočnik,)

XI: Sonstiges

1. Wettbewerb „Musik gegen die Armut“ für die Entwicklungshilfe

Im Rahmen eines Musikwettbewerbs, der von EuropeAid, dem Amt für Zusammenarbeit der EU-Kommission, veranstaltet wird, werden junge EU-Bürger eingeladen, ihre Botschaft zum Thema Armutsbekämpfung und Entwicklung zu vermitteln. Der Gewinner, der durch Online-Voting ermittelt wird, erhält die Chance, bei den Europäischen Entwicklungstagen vom 22. bis 24. Oktober 2009 in Stockholm aufzutreten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1071&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Wettbewerb „Musik gegen die Armut“: http://www.ifightpoverty.eu/index_en.htm

Facebook-Gruppe „Musik gegen die Armut“:

www.facebook.com/home.php?#/group.php?gid=119017694618

Europäische Entwicklungstage: http://www.eudevdays.eu/index_en.htm